

Ländermonitor berufliche Bildung 2019

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorliegende Broschüre fasst die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts Ländermonitor berufliche Bildung 2019 zusammen. Das Forschungsprojekt ist eine Kooperation des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen und der Professur für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung der Universität Göttingen und wird von der Bertelsmann Stiftung gefördert.

Autorinnen und Autoren des Ländermonitors berufliche Bildung 2019 sind:

Professur für Wirtschaftspädagogik und
Personalentwicklung, Universität Göttingen

Prof. Dr. Susan Seeber

Vanessa Boschke

Robin Busse

Patrick Geiser

Dr. Christian Michaelis

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI)

Dr. Volker Baethge-Kinsky

Markus Wieck

Autorin der vorliegenden Kurzfassung:

Claudia Burkard (Bertelsmann Stiftung)

Ein ausführlicher Ergebnisbericht inklusive 16 Länderberichten ist als Druckversion und als PDF im Verlag wbv Media erschienen und kann dort bestellt werden bzw. unter <https://www.wbv.de/artikel/6004750w> heruntergeladen werden. Unter <https://www.wbv.de/artikel/6004750wa> befindet sich zudem ein Tabellenanhang mit allen Daten der Kapitel 1–8 zum Download. Die 16 Länderberichte sind einzeln unter www.laendermonitor-berufsbildung.de verfügbar.

Inhalt

1	Einleitung	6
1.1	Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit als Zielperspektiven	6
1.2	Methoden und Datengrundlage	7
2	Sozioökonomische Rahmenbedingungen	8
2.1	Wirtschaftliche Kontextfaktoren	8
2.2	Soziodemografische Kontextfaktoren	8
2.3	Einnahmen und Ausgaben zur Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung	10
3	Übergänge von der Schule in die Ausbildung	12
3.1	Neuzugänge in die drei Sektoren der beruflichen Bildung	12
3.2	Ausbildungschancen für unterschiedliche (soziale) Gruppen	14
3.3	Entwicklungen im Übergangssektor: Strukturen und Reformen	16
3.4	Entwicklungen im Schulberufssystem	16
4	Passungsprobleme von Ausbildungsangebot und -nachfrage im dualen System	18
5	Ausbildungsverlauf und Übergang in den Arbeitsmarkt	23
	Schlussfolgerungen der Bertelsmann Stiftung	26
	Impressum	30

1 Einleitung

Die berufliche Bildung in Deutschland konzentriert sich in der öffentlichen Wahrnehmung überwiegend auf die Ausbildung im dualen System: Das bundesrechtlich geregelte und auch international hoch angesehene Modell der Ausbildung an zwei Orten – Betrieb und Berufsschule – gilt einerseits als Garant für wirtschaftliche Stärke und steht andererseits für bedarfsgerechte Qualifikationen und eine reibungslose Arbeitsmarktintegration.

Die Reduzierung der Berufsbildung auf die duale Ausbildung wird allerdings der Bandbreite der beruflichen Bildung und ihren Leistungen nicht gerecht. Sie lässt außer Acht, dass in der Verantwortung der Länder sowohl vollzeitschulische Ausbildungen liegen, wie beispielsweise Pflegeberufe, als auch der überwiegende Teil der berufsvorbereitenden Angebote des Übergangssektors. Und nicht zuletzt betreffen auch die Entwicklungen in der dualen Ausbildung die Länder, sei es als Träger der Teilzeitberufsschulen im Rahmen der Ausbildung oder in der Verantwortung für zusätzliche oder alternative Ausbildungsangebote, wenn die Betriebe nicht ausreichend Ausbildungsplätze anbieten.

Gleichzeitig ist der Trend zur Höherqualifizierung ungebrochen: Immer mehr junge Menschen erwerben eine Hochschulzugangsberechtigung und viele von ihnen streben in ein Studium statt in eine Ausbildung. Auf der anderen Seite schafft es eine große Gruppe von Jugendlichen nicht, in vollqualifizierende Ausbildung einzumünden – während parallel die Zahl der Ausbildungsstellen wächst, die nicht besetzt werden können. Dadurch gerät das System langfristig unter Druck.

Der Ländermonitor berufliche Bildung, der nach 2015 und 2017 im Jahr 2019 zum dritten Mal erscheint, hat das Ziel, die für die Berufsbildung zentrale Rolle der Länder herauszustellen und stärker ins Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zu bringen. Die vorliegende Zusammenfassung stellt eine Kurzfassung der Ergebnisse des Ländervergleichs nach ausgewählten Indikatoren dar. Sie wird ergänzt um bildungspolitische Schlussfolgerungen aus Sicht der Bertelsmann Stiftung.

Der ausführliche Ergebnisbericht enthält darüber hinaus 16 Einzelberichte, in denen die jeweiligen landesspezifischen Besonderheiten und Rahmenbedingungen dargestellt werden. Die Länderberichte sind auch einzeln unter www.laendermonitor-berufsbildung.de abrufbar.

1.1 Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit als Zielperspektiven

Jenseits eines allgemeinen Bildungsauftrags kommen der beruflichen Bildung im Wesentlichen zwei Aufgaben zu: Sie muss unter den Gesichtspunkten von ökonomischer Leistungsfähigkeit und sozialer Chancengerechtigkeit sowohl ein quantitativ wie qualitativ ausreichendes Arbeitskräftepotenzial sicherstellen als auch Jugendliche mit beruflichen Kompetenzen ausstatten, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Gleichzeitig hat sie für individuelle Zugangs- und Teilhabechancen von Menschen mit unterschiedlichen sozialen Merkmalen Sorge zu tragen. Da diese Leistungs- und Gerechtigkeitsaspekte vielfach ineinandergrei-

fen, betrachtet der Ländermonitor die beiden Leitdimensionen nicht getrennt voneinander.

1.2 Methoden und Datengrundlage

Für die Analyse der beruflichen Bildung in den Ländern wird im Rahmen des Ländermonitors nur die institutionell auf Länderebene verfasste Berufsbildung in den Blick genommen. Wie in den vorangegangenen Berichten bezieht diese sich auf die drei Sektoren der beruflichen Bildung unterhalb der Hochschulebene:

a) Das duale System der Berufsausbildung:

Hier wird in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) ausgebildet. Die Ausbildung findet in der Kombination von Betrieben (teilweise ergänzt durch überbetriebliche Berufsbildungsstätten) und Teilzeitberufsschulen statt.

b) Das Schulberufssystem

Die Ausbildung erfolgt hier vollzeitschulisch in anerkannten Ausbildungsgängen, die überwiegend landesrechtlich, im Falle der Heilberufe bundesrechtlich geregelt sind. Sie liegt in der Verantwortung von Schulträgern (freie Träger oder berufliche Schulen).

c) Der berufliche Übergangssektor

Hierunter fallen alle Maßnahmen und Bildungsangebote, die ausbildungs- und berufsvorbereitenden Charakter haben und teilweise auch die Allgemeinbildung verbessern sollen. Sie liegen unterhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung.

Die empirische Grundlage der Analysen im Ländervergleich bilden quantitative Daten, die für alle Länder erhoben werden, wie beispielsweise die Berufsbildungsstatistik für die duale Ausbildung, die integrierte Ausbildungsberichterstattung und die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstatistik. Hinzu kommen regionale Datenerhebungen einzelner Länder. Für qualitative

Analysen werden berufsbildungspolitische Dokumente der Landespolitik ausgewertet, da auf dieser Grundlage die bildungspolitischen Strategien der Länder sowie ihr Umgang mit den jeweiligen sozioökonomischen Strukturunterschieden nachvollzogen werden können. Die wesentliche Analysegrundlage des Ländermonitors bilden Daten aus dem Jahr 2017. Diese werden bei Verfügbarkeit in dieser Zusammenfassung durch aktuellere Zahlen aus dem Jahr 2018 ergänzt.

2 Sozioökonomische Rahmenbedingungen

Ressourcen und Rahmenbedingungen eines Landes sind ausbildungspolitisch vielfach nur schwer oder nur langfristig zu beeinflussen, sie bilden aber den Handlungsrahmen für Bildungspolitik. Einen unmittelbaren Zusammenhang mit Entscheidungen begründen sie jedoch nicht zwingend. Wesentliche Kontextfaktoren sind beispielsweise die wirtschaftliche Kraft eines Landes, die demografische Entwicklung oder die Verteilung der Schulabschlüsse.

2.1 Wirtschaftliche Kontextfaktoren

Die Wirtschaftskraft eines Landes gibt Aufschluss über die ökonomischen Handlungsbedingungen, denen auch berufsbildungspolitische Entscheidungen unterworfen sind. Wesentliche Indikatoren sind das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und die Arbeitslosenquote. Die Analyse der Kennzahlen, die jeweils für alle Bundesländer ausgewiesen werden, muss zwangsläufig außer Acht lassen, dass auch innerhalb eines Landes oder über die Landesgrenzen hinaus unterschiedliche Wirtschaftsräume bestehen können. Das betrifft insbesondere die Stadtstaaten und zeigt sich beispielsweise an den Daten zu Ausbildungspendlern¹. Setzt man die Zahlen der Ausbildungseinpender mit den im Land wohnenden Auszubildenden in Relation, so zeigt sich, dass Bremen 36 % mehr Auszubildende versorgt, als in Bremen selbst wohnen, in Hamburg sind es 29 und in Berlin 14 % mehr. Umgekehrt bildet

¹ In der Zusammenfassung des Ländermonitor berufliche Bildung 2019 wird durchgehend das generische Maskulinum verwendet, mit dem gleichermaßen beide Geschlechter angesprochen sind. Nach Frauen und Männern wird nur dort auch sprachlich unterschieden, wo das Geschlechtsmerkmal relevant für Untersuchung und Schlussfolgerungen ist.

Brandenburg 13 % weniger Auszubildende aus, als dort wohnen.

Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP p. c.) zeigt sich das bekannte Bild eines Süd-Nord- und eines West-Ost-Gefälles. Ausnahmen bilden die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die mit einem BIP p. c. von 65.000 bzw. 50.000 € die wirtschaftlich stärksten Länder sind. Während Bayern, Baden-Württemberg und Hessen Werte von über 44.000 € aufweisen, zeigen die ostdeutschen Flächenländer mit Werten zwischen 27.000 und 30.000 € die schwächsten Wirtschaftsleistungen. Dabei ist das BIP p. c. in den ostdeutschen Flächenländern, vor allem in Sachsen und Thüringen, in der letzten Dekade überdurchschnittlich gestiegen.

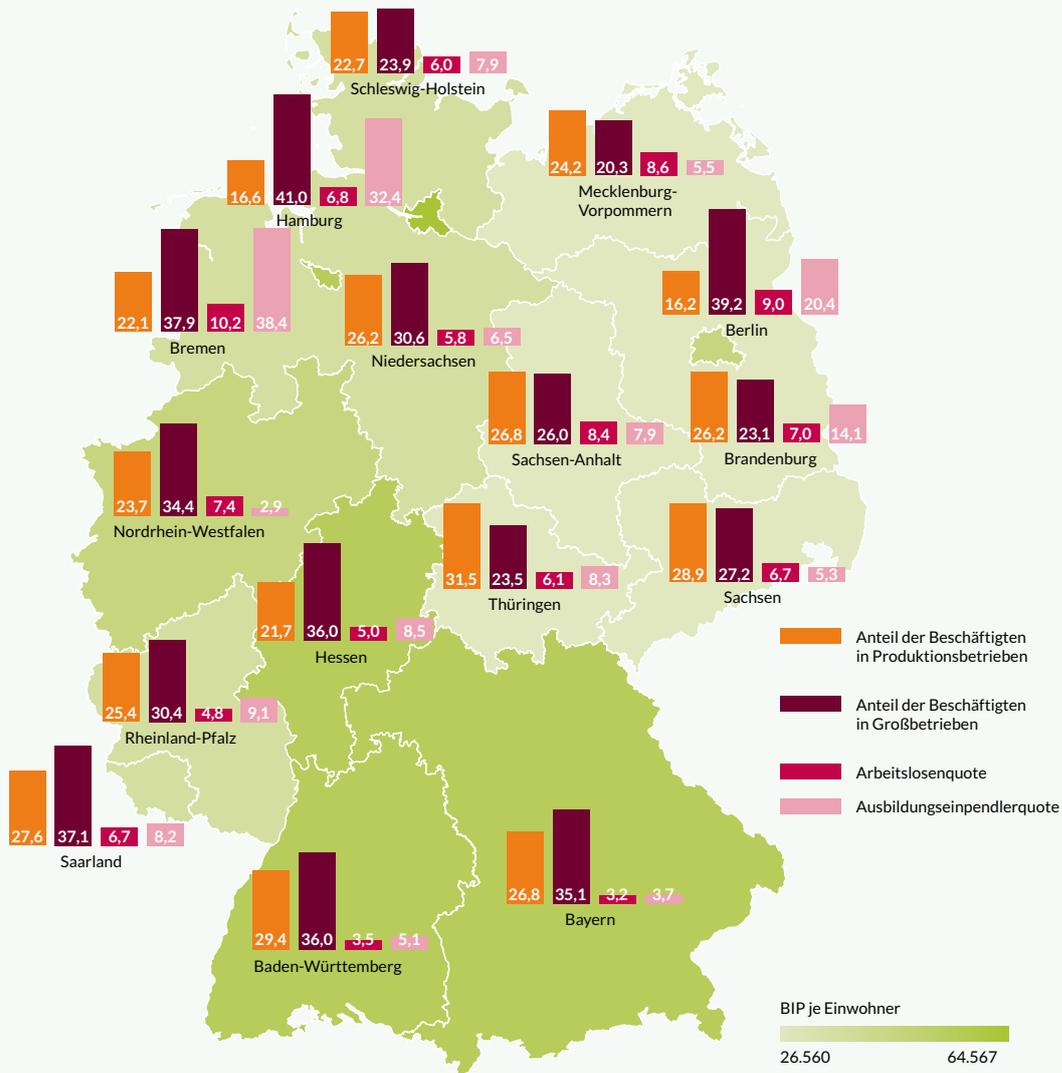
Die Arbeitslosenquote liegt 2017 bundesweit bei 5,7 % (2018: 5,2 %). Im Süden ist sie besonders gering: Bayern und Baden-Württemberg weisen mit 3,2 % (2,9 %) bzw. 3,5 % (3,2 %) die geringsten Werte auf, während Bremen mit 10,2 % (9,8 %) gefolgt von Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit Werten von 9 bis 8,4 % (8,1 bis 7,7 %) deutlich über dem Durchschnitt liegen.

2.2 Soziodemografische Kontextfaktoren

Die quantitative wie qualitative Gestaltung von Berufsbildungsangeboten hängt nicht zuletzt auch von soziodemografischen Faktoren wie der Altersstruktur und dem Migrationshintergrund der Bevölkerung sowie der Schulabsolventenstruktur ab. Verändert sich beispielsweise der Bevölkerungsanteil im besonders ausbildungs-

ABBILDUNG 1 **Zentrale ökonomische Kontextfaktoren**

(BIP je Einwohner, Anteil Beschäftigte in Produktionsberufen, Anteil Beschäftigte in Großbetrieben, Arbeitslosenquote, Ausbildungseinpenderquote) nach Ländern 2017¹⁾ (in €, in %)



1) Sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigte (am Arbeitsort, Stichtag 31.12.2017), Auszubildende zum Stichtag 30.09.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017 Reihe 1 Band 1. Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2017/Februar 2018; Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) nach Betriebsgrößenklassen, Zeitreihe: Jahre 2012 bis 2017, jeweils zum Stichtag 31.12.; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigte nach Berufen (Klassifikation der Berufe 2010) – Deutschland, West/Ost und Länder (Quartalszahlen), Dezember 2017; Bundesagentur für Arbeit Statistik, Arbeitsmarkt in Zahlen. Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf. Datenstand 2019, eigene Berechnungen und Schätzungen. Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung zum 30.09.2017; Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019 (Vorversion): 230; Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

relevanten Alter (15 bis 24 Jahre), hat das Auswirkung auf die Nachfrage nach Ausbildung und letztlich auch auf das Fachkräftepotenzial.

Die Kohortenstärke der 15- bis 24-Jährigen entspricht 2017 bundesweit nur 82 % derjenigen der 25- bis 34-Jährigen, allerdings mit großen Unterschieden zwischen den Ländern. Vor allem in den ostdeutschen Ländern liegt das auch als Nachwuchsrelation bezeichnete Verhältnis weit unter dem westdeutscher Flächenländer und variiert zwischen 56 % (Berlin) und 70 % (Brandenburg). Das bedeutet, dass die Anzahl der potenziellen Ausbildungsnachfrager in allen Ländern weiter zurückgeht. Betrachtet man die Relation der 15- bis 24-Jährigen zu den 5- bis 14-Jährigen, zeigen alle ostdeutschen Flächenländer einen demografischen Aufwärtstrend, allerdings von sehr niedrigem Niveau ausgehend. Hier ist folglich in der Zukunft wieder mit ansteigenden Nachfragezahlen zu rechnen.

Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen unterscheidet sich ebenfalls deutlich zwischen Ost und West. In den westdeutschen Flächenländern ist er etwa doppelt so hoch wie in den ostdeutschen, wo er zwischen 10 und 14 % liegt. Der Anteil in den Stadtstaaten liegt bei etwa 40 %. In Anbetracht des weiter steigenden Anteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den ausbildungsrelevanten und jüngeren Altersgruppen sowie vor dem Hintergrund demografisch bedingter Nachwuchsengepässe wird es für die Sicherung des Fachkräftebedarfs von erheblicher Bedeutung sein, wie gut es gelingt, diese Zielgruppe effektiv in das berufliche Bildungssystem zu integrieren.

Welche Schulabschlüsse Jugendliche in einem Land erwerben, hat ebenfalls Einfluss auf die Nachfrage nach beruflicher Bildung, da junge Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung häufig ein Studium aufnehmen, während solche mit Haupt- oder mittlerem Abschluss den Großteil der Nachfrage nach beruflicher Bildung stellen. Hamburg (53 %) und Berlin (49) weisen 2017 die höchsten Quoten von Schulabgängern mit einer Studienberechtigung aus, gefolgt von

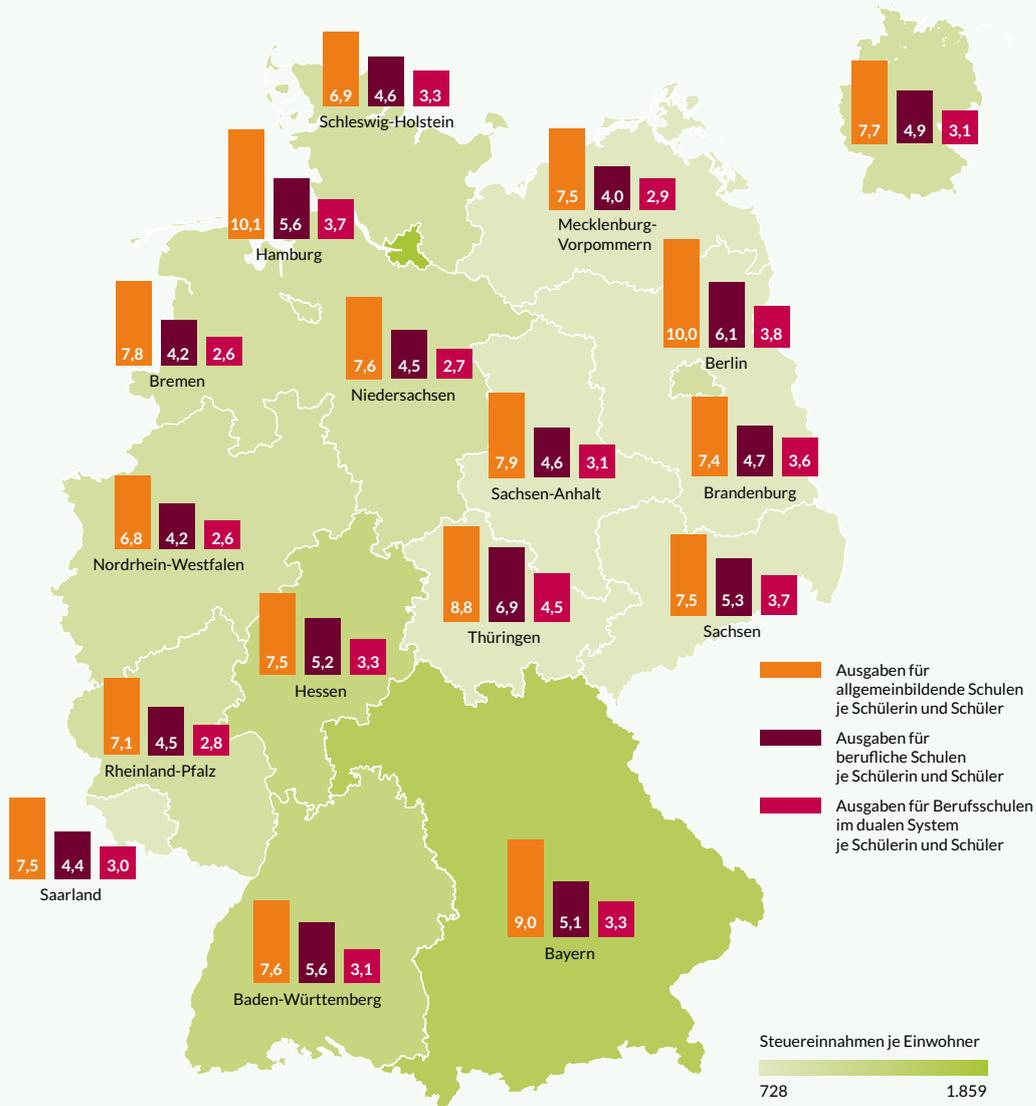
Brandenburg, Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, deren Anteile sich zwischen 42 und 44 % bewegen. Sachsen-Anhalt bildet mit 32 % an Schulentlassenen mit (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung das Schlusslicht. Dort machen die Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss die Hälfte aller Absolventen aus.

2.3 Einnahmen und Ausgaben zur Bildungs- und Ausbildungsfinanzierung

Ähnlich wie beim BIP p. c. zeigt sich auch bei den Steuereinnahmen je Einwohner (p. c.) ein Süd-Nord- und ein West-Ost-Gefälle mit Ausnahme von Hamburg, das mit knapp 1.900 € das höchste Steueraufkommen p. c. aufweist. Mit Einnahmen zwischen 730 und 770 € p. c. liegen Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen am unteren Ende, während die ökonomisch stärkeren Länder wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen mehr als das Doppelte an Steuereinnahmen zu verbuchen haben.

Die unterschiedlichen Steuereinnahmen spiegeln sich nicht unbedingt in den Ausgaben der Länder je Schüler an beruflichen Schulen wider. So hat Thüringen mit 6.900 € die höchsten Ausgaben je Schüler, während Bremen und Nordrhein-Westfalen mit 4.200 € die niedrigsten Werte aufweisen. Die hohen Aufwendungen gerade in den ostdeutschen Flächenländern deuten allerdings nicht zwangsläufig auf gezielte Investitionen hin. Da der demografische Rückgang der Schülerschaft nicht in gleichem Maße zum Abbau von Personal und Einrichtungen genutzt werden kann, steigen die Kosten je Schüler. Verglichen mit den Ausgaben für allgemeinbildende Schulen ist auffällig, dass beispielsweise in Thüringen oder Baden-Württemberg die Pro-Kopf-Ausgaben für berufliche Schulen in etwa drei Viertel der Ausgaben für allgemeinbildende Schulen betragen, in anderen Ländern – wie Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern – fällt das Verhältnis deutlich schlechter aus. Hier belaufen sich die Ausgaben für berufliche Schulen nur auf etwas mehr als die Hälfte.

ABBILDUNG 2 **Steuereinnahmen¹⁾ je Einwohner 2017, Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Teilzeitberufsschulen (im dualen System) je Schüler 2016 nach Ländern (in T€)**



1) Lohn- und veranlagte Einkommenssteuer (nach Steuerverteilung).

Quellen: Arbeitskreis Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bildungsausgaben, Ausgaben je Schülerin und Schüler 2016; Statistisches Bundesamt, Bildungsfinanzbericht 2018; Statistisches Bundesamt, Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 4; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsforschung; Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

3 Übergänge von der Schule in die Ausbildung

Im Berufsbildungssystem in Deutschland gibt es zwei direkte Wege zu einem vollwertigen Berufsabschluss: eine betriebliche Ausbildung im dualen System und eine vollzeitschulische Ausbildung im Schulberufssystem. Der dritte Sektor des Systems – der Übergangssektor – dient der Vorbereitung auf die Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung bzw. dem Erwerb eines Schulabschlusses. Ein Berufsabschluss kann hier nicht erworben werden.

Der Ländermonitor berufliche Bildung untersucht unter der Perspektive von Leistungsfähigkeit und Chancengerechtigkeit die Übergänge in diese drei Sektoren – duales System, Schulberufssystem und Übergangssektor – der beruflichen Bildung. Dabei ist sowohl von Interesse, in welchem Maße es Jugendlichen insgesamt gelingt, in vollqualifizierende Ausbildung entweder im dualen oder im Schulberufssystem einzumünden, als auch, inwiefern gleichberechtigte Zugangschancen für verschiedene soziale Gruppen bestehen.

3.1 Neuzugänge in die drei Sektoren der beruflichen Bildung

Insgesamt hat die Zahl der Neuzugänge in das Berufsbildungssystem seit 2007 deutlich abgenommen. Dies ist zum einen auf eine rückläufige Zahl an Schulabsolventen und zum anderen auf einen höheren Anteil von Übergängen ins Studium zurückzuführen. Dabei haben sich die drei Sektoren der beruflichen Bildung unterschiedlich entwickelt. Während das Schulberufssystem in etwa zahlenmäßig stabil geblieben ist, sind deutliche Rückgänge beim dualen System und noch mehr im Übergangssektor auszumachen. Unter-

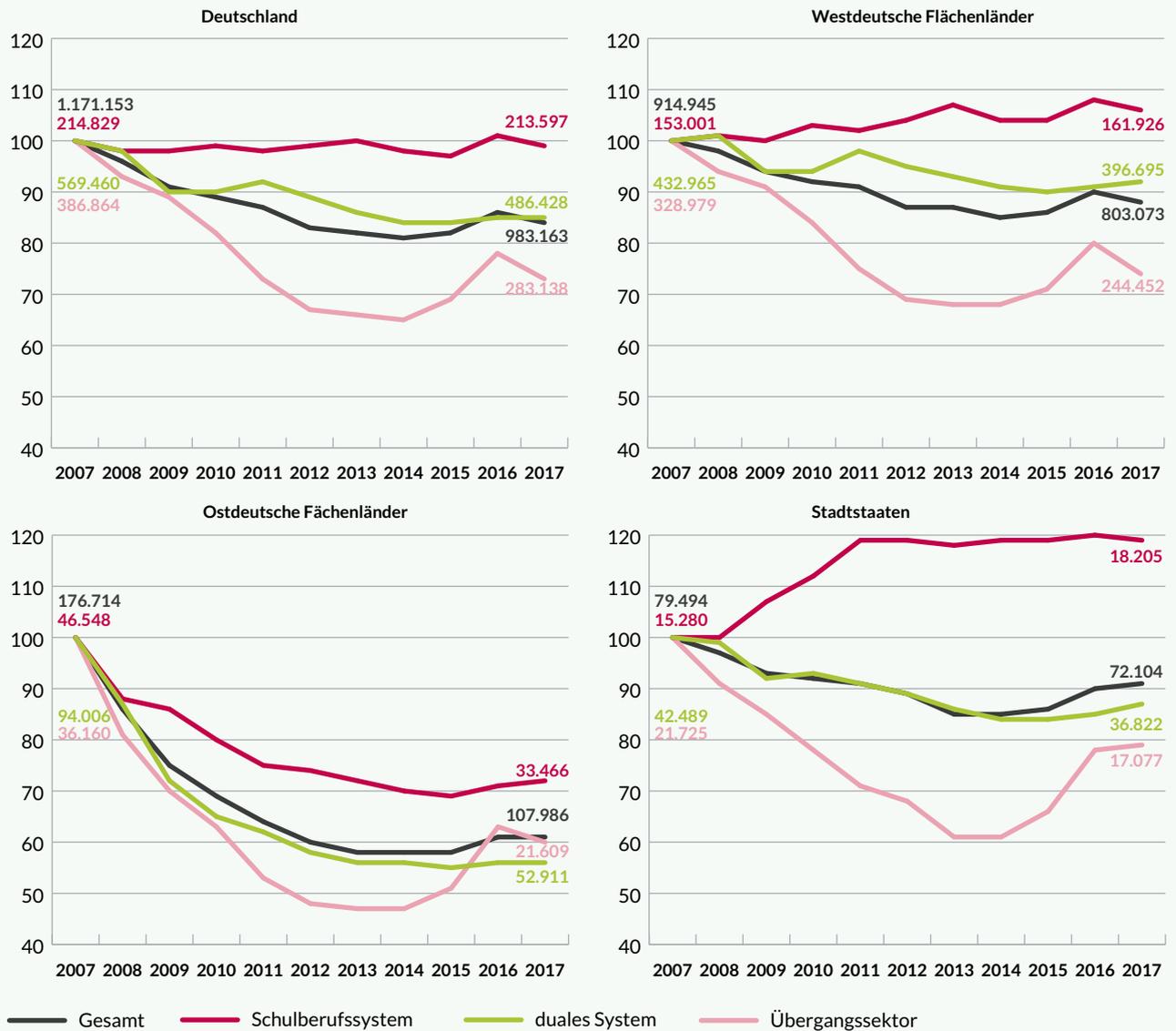
schiede zum Bundestrend zeigen sich aber in den verschiedenen Ländergruppen. So gehen die beiden vollqualifizierenden Ausbildungsbereiche in den ostdeutschen Flächenländern – überwiegend demografiebedingt, aber auch aufgrund von Ausbildungsauspendlern – besonders stark zurück, während in den Stadtstaaten das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen nur wenig gesunken ist und das Schulberufssystem sogar ausgebaut wurde, vor allem im Berlin.

Rund die Hälfte aller Neuzugänge in die berufliche Bildung nimmt 2017 eine Ausbildung im dualen System auf. Die Zahl der Neuzugänge liegt absolut geringfügig über der von 2015, bleibt aber deutlich unter dem Niveau von 2007. Erhebliche Unterschiede im Zugang bestehen dabei zwischen den Ländern. Während beispielsweise in Hamburg 62 % in eine duale Ausbildung einmünden, sind es in Berlin und dem Saarland nur 44 %. Den niedrigsten Wert von 42 % weist Baden-Württemberg² auf.

Etwas mehr als ein Fünftel aller Neuzugänge mündet 2017 in das Schulberufssystem ein. Damit liegt die Zahl der Einmündungen in etwa auf dem Niveau von 2007. Auffällig ist der mit 31 % hohe Anteil an den Neuzugängen in ostdeutschen Flächenländern, in den westdeutschen beträgt er hingegen nur 20 %. Und während in Bremen nur etwa 12 % der Neuzugänge eine Ausbildung im Schulberufssystem beginnen, hat Berlin mit 32 % den höchsten Anteil zu verzeichnen.

² Für Baden-Württemberg ist bei der Interpretation der Daten zu Einmündung in duale Ausbildung und Übergangssektor zu berücksichtigen, dass ein Teil der Jugendlichen im ersten Ausbildungsjahr in spezifischen Berufen vollzeitschulisch an den Berufsfachschulen qualifiziert wird, die formal dem Übergangssektor zugerechnet werden, und anschließend in das zweite Ausbildungsjahr des dualen Systems einmündet.

ABBILDUNG 3 Quantitative Entwicklung der Sektoren beruflicher Ausbildung 2007–2017 (Einmündungen, Index 2007 = 100) (absolut und in %)



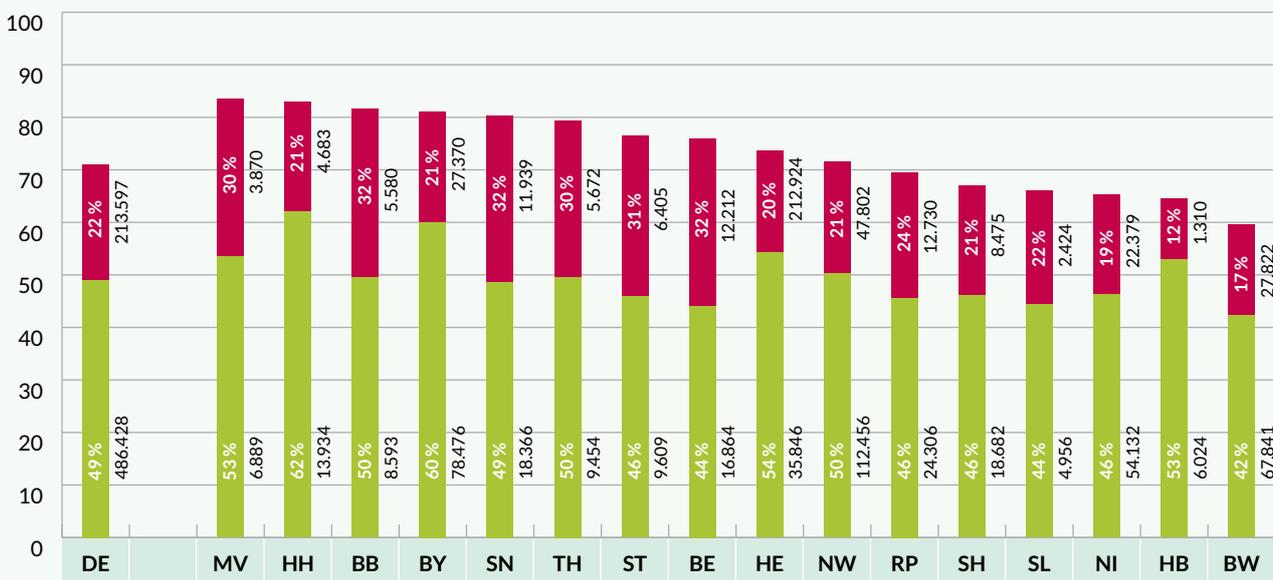
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

BertelsmannStiftung

Die Zahl der Anfänger im Übergangssektor hat zwischen 2007 und 2013 sowohl absolut als auch relativ deutlich abgenommen, der besonders starke Rückgang in den ostdeutschen Flächenländern ist dabei vor allem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Einem nach 2014 in Deutschland erfolgten erneuten An-

stieg der Neuzugänge, der vor allem der hohen Zahl an schutz- und asylsuchenden Personen zuzurechnen ist, folgt schließlich ab 2017 wieder ein leichter Rückgang. Dabei sind je nach Land unterschiedliche Entwicklungen auszumachen. Während in Hamburg der größte Rückgang zu verzeichnen ist, liegt der relative Anteil

ABBILDUNG 4 Anteil der Neuzugänge in vollqualifizierende Ausbildung 2017 nach Ländern (in %)



Anteil duales System

Anteil Schulberufssystem

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

BertelsmannStiftung

von Einmündungen in den Übergangssektor 2017 in Bremen über dem von 2007. Besonders gering ist der Anteil des Übergangssektors in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Hamburg mit nur 17 bis 18 % der Einmündungen, dagegen weisen Baden-Württemberg (40 %), Niedersachsen (35 %) und das Saarland (34 %) die höchsten Anteile auf.

3.2 Ausbildungschancen für unterschiedliche (soziale) Gruppen

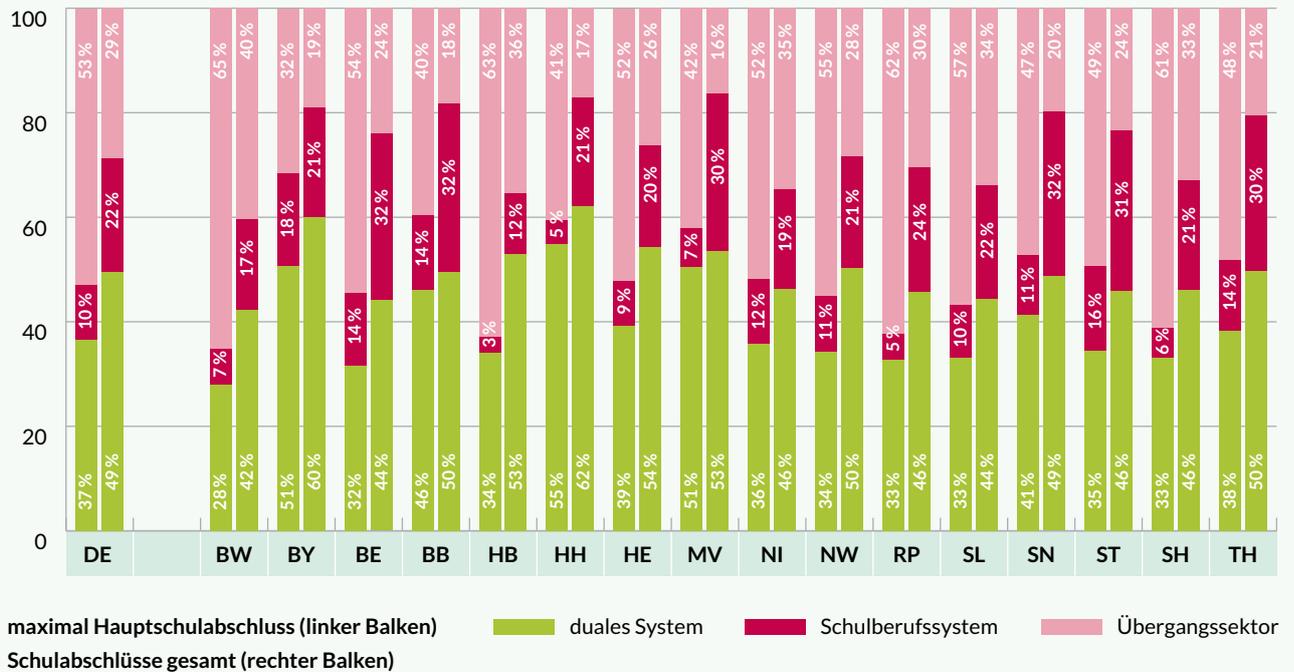
Die Chancen auf vollqualifizierende Ausbildung variieren sowohl je nach Land bzw. Region als auch nach sozialen Merkmalen der Bewerber. Während beispielsweise in Hamburg, Brandenburg, Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern über 80 % der Neuzugänge ins Berufsbildungssystem eine vollqualifizierende Ausbildung absolvieren, sind es in Bremen nur 64,5 %. Neben dem Wohnort sind es auch Merkmale der Bewerber wie Nationalität, Schulabschluss oder

Geschlecht, die mit über die Chancen auf eine vollqualifizierende Ausbildung entscheiden.

Chancen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss weiter verschlechtert

Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss haben bundesweit nach wie vor deutlich schlechtere Chancen, direkt in vollqualifizierende Ausbildung einzumünden. Lag ihre Einmündungsquote 2007 noch bei 52 %, sind es 2017 nur 47 %. Demgegenüber münden Personen mit mittlerem Abschluss zu 87 % und solche mit (Fach-)Hochschulreife zu 96 % in vollqualifizierende Ausbildung ein. Es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. Lässt man Baden-Württemberg aufgrund seiner Sondersituation der Berufsfachschulen bei der Betrachtung außen vor, variieren die Einmündungsquoten der Personen mit maximal Hauptschulabschluss von 37 bzw. 38 % in Bremen und Rheinland-Pfalz bis Bayern mit 69 %. Schaut man nur auf die Einmündung in die duale Ausbildung, zeigt sich, dass

ABBILDUNG 5 Einmündung ins berufliche Ausbildungssystem 2017 nach schulischer Vorbildung, Sektoren und Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, integrierte Ausbildungsberichterstattung, Sonderauswertung, Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

BertelsmannStiftung

sich die Einmündungschancen für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss gegenüber 2007 leicht verbessert haben. Die besten Chancen bestehen für diese Gruppe in Hamburg (55%), Mecklenburg-Vorpommern und Bayern (beide 51%).

Schwierige Situation für ausländische Jugendliche

Betrachtet man die Situation ausländischer Jugendlicher, so zeigt sich 2017 im Vergleich zu 2007 eine leichte Verbesserung bei deren Einmündung sowohl in duale Ausbildung als auch in Ausbildung im Schulberufssystem. Dennoch münden sie doppelt so häufig in den Übergangssektor ein wie deutsche Jugendliche. Hier hat sich der Abstand in den Einmündungen seit 2007 noch vergrößert, wobei diese Entwicklung in den letzten beiden Jahren auch in der Zuwanderung von Asyl- und Schutzsuchenden begründet ist. Für diese Jugendlichen, die beispielsweise aufgrund

sprachlicher Barrieren und niedrigerer Schulabschlüsse schwierigere Ausgangsbedingungen aufweisen, stellt das Übergangssystem eine Brücke zur Integration in das deutsche Bildungssystem dar. Allerdings bleiben Unterschiede beim Zugang von ausländischen Personen in vollqualifizierende Ausbildung auch bei Kontrolle der Schulabschlüsse bestehen. Auf Länderebene zeigen sich auch hier große Differenzen. So liegt die geringste Differenz zwischen deutschen (55%) und ausländischen (43%) Jugendlichen bei der Einmündung in duale Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern, allerdings bei einem insgesamt niedrigen Anteil an ausländischen Jugendlichen und einer vergleichsweise günstigen Angebots-Nachfrage-Relation (ANR). Auch Hamburg weist, bei hohem Anteil ausländischer Jugendlicher und ungünstiger ANR, eine geringe Differenz in den Einmündungsquoten zwischen beiden Gruppen auf: Hier münden deutsche Personen zu 65% und ausländische Personen zu 51% in duale Ausbildung ein.

Frauen seltener als Männer im Übergangssektor

Bundesweit münden 2017 Frauen mit einem Unterschied von 11 Prozentpunkten deutlich häufiger in vollqualifizierende Ausbildung ein als Männer. Gegenüber 2015 hat sich diese Differenz vergrößert, was auch auf die Integration von überwiegend männlichen Asyl- und Schutzsuchenden zurückzuführen sein dürfte. Auch auf Länderebene zeigen sich 2017 Differenzen, allerdings in unterschiedlichen Ausprägungen. Während in Hessen und Hamburg die Unterschiede zwischen den Geschlechtern mit 7 bzw. 8 Prozentpunkten zugunsten der Frauen etwas geringer ausfallen, sind sie in Berlin mit einer Differenz von 16 Prozentpunkten am höchsten. Deutliche Verschlechterungen der Einmündungsquoten der Männer in vollqualifizierende Ausbildung gegenüber 2015 zeigen sich vor allem in Berlin und Bremen, aber auch in Sachsen-Anhalt, dem Saarland, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Thüringen.

3.3 Entwicklungen im Übergangssektor: Strukturen und Reformen

Die Veränderungen im Übergangssektor seit 2007 werden von mehreren Entwicklungen bestimmt. So gehen die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BA) deutlich zurück und machen 2017 bundesweit nur noch ein Fünftel des Übergangssektors aus. Während ihr Anteil dabei in den westdeutschen Flächenländern bei 18 % und in den Stadtstaaten bei 14 % liegt, macht er in den ostdeutschen Flächenländern einen Anteil von 41 % aus. Im Kontext der Zuwanderung von Asyl- und Schutzsuchenden erfährt die Einstiegsqualifizierung (EQ) 2016 und 2017 allerdings Zuwächse. Das Gros der Angebote im Übergangssektor liegt in der Verantwortung der Länder. Hier wurden in den letzten Jahren vor allem zwei Schwerpunkte gesetzt: Zum einen wurde eine Reorganisation der Angebote im Übergangssektor hin zu einer Dualisierung vorgenommen, bei der betriebliche Praxisphasen curricular eingebunden werden und in denen der Reflexion der praktischen Erfahrungen ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Zum anderen wurden Programme für Schutz- und

Asylsuchende geschaffen bzw. bestehende Angebote massiv ausgeweitet. Diese liegen auch 2017 noch auf hohem Niveau.

3.4 Entwicklungen im Schulberufssystem

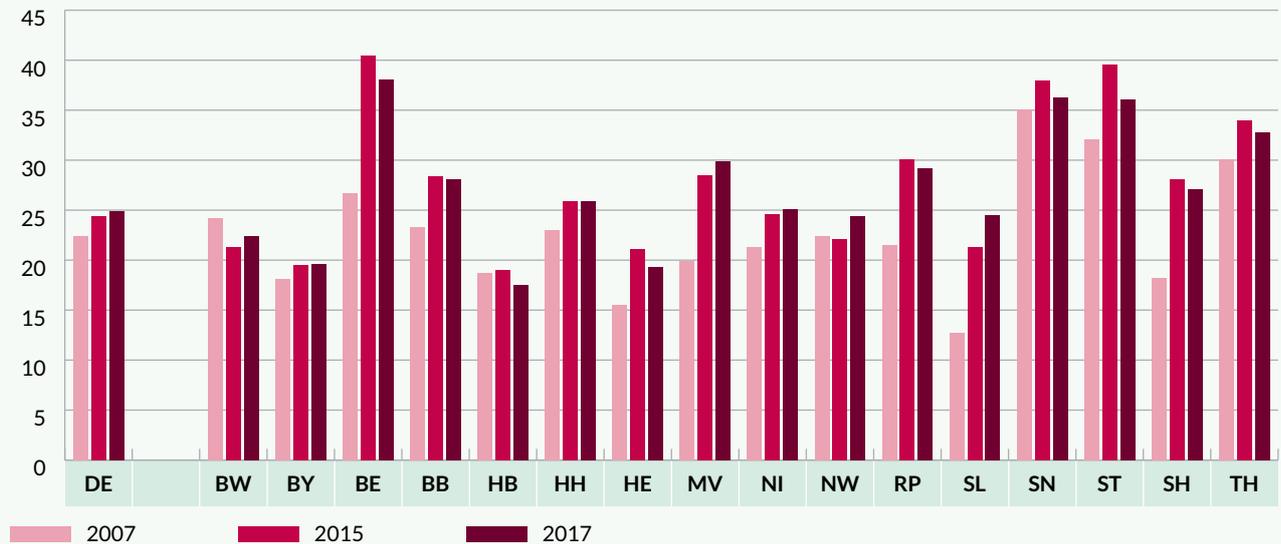
Die Ausbildungen im Schulberufssystem liegen im Wesentlichen in der Verantwortung der Länder, da hier überwiegend Ausbildungen außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) angeboten werden. Einen Großteil des Angebots machen Berufe aus dem Bereich Gesundheit, Erziehung und Soziales (GES) aus. Für viele der im Schulberufssystem angebotenen Ausbildungen ist mindestens ein mittlerer Schulabschluss erforderlich.

2017 nehmen mit 213.597 Schülern nur geringfügig weniger eine Ausbildung im Schulberufssystem auf als 2007 (-0,57 %). Da keine amtlichen Statistiken zur Nachfrage nach den angebotenen Berufen vorliegen, wird das tatsächlich in einem Land wahrgenommene Ausbildungsangebot in Relation zum Durchschnitt der dort lebenden 16- bis 21-jährigen gesetzt. Dieser Indikator zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern. So erzielen Berlin mit 38 % sowie die ostdeutschen Flächenländer Sachsen (36 %), Sachsen-Anhalt (36 %) und Thüringen (33 %) die höchsten Quoten. In den westdeutschen Flächenländern liegen die Quoten zwischen 17,5 % (Bremen) und 27 % (Schleswig-Holstein).

Vergleicht man die Werte von 2017 mit denen von 2015, so zeigt sich, dass das Verhältnis von realisiertem Angebot zum Durchschnitt der 16- bis 21-jährigen gerade in Berlin und den ostdeutschen Flächenländern gesunken ist. Dieser Trend hat vor allem demografische Ursachen: Aufgrund gestiegener Geburtenzahlen in den betreffenden Ländern hat sich der Durchschnitt der Alterskohorte erhöht, sodass selbst bei gleichbleibend hohen Ausbildungszahlen eine niedrigere Relation zu verzeichnen ist.

Betrachtet man die strukturelle Zusammensetzung der im Schulberufssystem angebotenen

ABBILDUNG 6 Realisiertes vollzeitschulisches Angebot in Relation zum Durchschnitt der 16- bis 21-jährigen nach Ländern 2007, 2015 und 2017 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung; Zensus 2011; Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

BertelsmannStiftung

Berufe, so zeigt sich, dass ein teils beträchtlicher Umbau stattgefunden hat. Insgesamt ist eine deutliche Ausrichtung auf GES-Berufe zu erkennen. Die absolute Zahl an Ausbildungsplätzen in diesen Berufsfeldern hat gegenüber dem Jahr 2000 länderübergreifend deutlich zugenommen, wobei der stärkste Ausbau bis 2013 stattgefunden hat und anschließend – trotz starker Fachkräftengpässe – nur abgeschwächt weitergeht. Auch hier unterscheiden sich die Entwicklungen in den Ländern teils erheblich. Eine nahezu ausschließliche Ausrichtung auf die GES-Berufe zeigt sich im Saarland (98 % der Angebote) und in den ostdeutschen Flächenländern (90 bis 98 %). Gemessen an der Entwicklung der Zahl der über 80-Jährigen steigt die Zahl der realisierten Ausbildungsplätze in Gesundheits- und Krankenpflegerberufen allerdings vor allem in den ostdeutschen Flächenländern nicht im gleichen Maße an, sodass sich hier auch Probleme bei der zukünftigen Sicherstellung des Fachkräftebedarfs andeuten. Nicht zuletzt durch die Konzentration auf Berufe im Bereich GES werden – größtenteils bedingt durch traditionelles Berufswahlverhalten und höhere Schulabschlüsse als

Zugangsvoraussetzung – die Ausbildungsangebote des Schulberufssystems mehrheitlich von Frauen wahrgenommen.

Ausbildungen nach BBiG bzw. HwO spielen im Schulberufssystem mittlerweile eine untergeordnete Rolle – mit Ausnahme von Baden-Württemberg, Berlin und Bremen, wo 2017 der Anteil der Schüler im ersten Ausbildungsjahr jeweils mindestens 5 % beträgt. Ausbildungen, die tätigkeitsähnliche Ausbildungsinhalte zu dualen Ausbildungsberufen aufweisen (z. B. technische, kaufmännische und mediengestalterische Assistenzberufe sowie Wirtschaftsinformatikberufe) und damit auch eine kompensatorische Funktion zu fehlenden Ausbildungsstellen im dualen System haben können, wurden bis 2005 stark ausgebaut und vor allem nach 2006 wieder deutlich reduziert. Während sie in den westdeutschen Flächenländern 2017 aber noch über den Werten von 2000 liegen, ist der bildungspolitisch gewollte Abbau in Berlin und Hamburg sowie in den ostdeutschen Flächenländern sehr weitgehend.

4 Passungsprobleme von Ausbildungsangebot und -nachfrage im dualen System

Der Ausbildungsmarkt funktioniert im Wesentlichen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien von Angebot und Nachfrage. Sowohl unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit als auch der Leistungsfähigkeit ist es dabei wichtig, dass ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und diese auch besetzt werden können und dass Jugendliche eine Ausbildung erhalten, die ihnen perspektivisch eine gute Integration in den Arbeitsmarkt und damit auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Daher wird im Folgenden in den Blick genommen, wie gut diese Funktion im dualen System erfüllt wird.

Die allgemeine Situation am Ausbildungsmarkt lässt sich zum einen durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, das hier mit der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation abgebildet wird, beschreiben. Die ANR wird anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der bei der BA gemeldeten unbesetzten Ausbildungsplätze und der ebenfalls dort gemeldeten unversorgten Bewerber (mit und ohne Alternative zum 30.09.) errechnet. Zum anderen gibt die Ausbildungsquote Aufschluss darüber, wie sich das Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Auszubildenden entwickelt.

Beschäftigung und Ausbildungszahlen entwickeln sich unterschiedlich

Seit 2009 sinkt die Ausbildungsquote in Deutschland. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bundesdurchschnitt deutlich zunimmt, sinkt die der Auszubildenden moderat. Dem liegen unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West zugrunde. Während in den ostdeutschen Flächenländern die gesunkene Ausbildungsquote fast ausschließlich auf einen

Rückgang an Auszubildenden zurückzuführen ist, ist in den westdeutschen Flächenländern der Beschäftigungszuwachs für das Absinken der Ausbildungsquote verantwortlich.

Berechnet man eine qualifikationsspezifische Ausbildungsquote, also den Anteil von Auszubildenden an den Beschäftigten mit beruflichen Aus- und Fortbildungsabschlüssen, so zeigt sich, dass die Quote in den westdeutschen Flächenländern nur wenig gefallen, in einigen Ländern sogar gleich geblieben und in Hamburg gestiegen ist. In den ostdeutschen Flächenländern hingegen fällt sie deutlich, wobei Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang um mehr als die Hälfte besonders heraussticht.

Verbessertes Ausbildungsplatzangebot bei erheblichen regionalen Unterschieden

Die erweiterte ANR ist bundesweit seit 2013 kontinuierlich gestiegen und liegt 2018 bei 96,6. Rechnerisch stehen also 100 Bewerbern knapp 97 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit hat sich die Relation gegenüber 2009 (ANR 88,5) für Jugendliche deutlich verbessert, dennoch liegt nach wie vor kein auswahlfähiges Ausbildungsangebot vor, für das es eine ANR deutlich über 100 bräuchte. Das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen ist zum zweiten Mal in Folge leicht gestiegen, ist aber nur marginal für die verbesserte ANR verantwortlich. Einen stärkeren Effekt hat hier der überwiegend demografisch bedingte Rückgang der Nachfrage seit 2009. Teils erhebliche Unterschiede der ANR zeigen sich regional auf Länderebene und noch ausgeprägter auf Ebene einzelner Arbeitsagenturbezirke.

So liegt die ANR mit knapp 80 in Hagen am unteren Ende, während Passau mit 129 Angeboten auf 100 Bewerber den höchsten Wert aufweist. Regionen mit Angebotsüberhängen finden sich überwiegend im Süden und Osten Deutschlands, solche mit Nachfrageüberhängen im Westen und Nordwesten.

Auch nach Berufsgruppen unterscheidet sich die ANR erheblich: Deutlich mehr Bewerber als Ausbildungsangebote liegen beispielsweise in den Sicherheits- (ANR 87,4) sowie Informatikberufen (91,5) und bei den medizinischen Fachangestellten (93) vor, während vor allem Reinigungsberufe (127), Hotel- und Gaststättenberufe (121) und Berufe im Ernährungshandwerk (118) große Angebotsüberhänge aufweisen und Schwierigkeiten haben, die Plätze zu besetzen.

Zunehmend Passungsprobleme von Ausbildungsangebot und -nachfrage

Auffällig ist, dass trotz einer verbesserten ANR der Anteil der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten, nur geringfügig von rund 14 % im Jahr 2009 auf etwa 13 % im Jahr 2018 gesunken ist, wobei deutliche regionale Unterschiede bestehen. Während in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Zahl der nicht vermittelten Bewerber deutlich gesunken ist, stieg sie in Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Zugleich ist die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen von knapp 3 % aller angebotenen Ausbildungsstellen 2009 auf fast 10 % im Jahr 2018 gestiegen. Die größten Besetzungsprobleme haben dabei Betriebe in Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Quoten um 15 % gegenüber 5 % in Hamburg und Bremen.

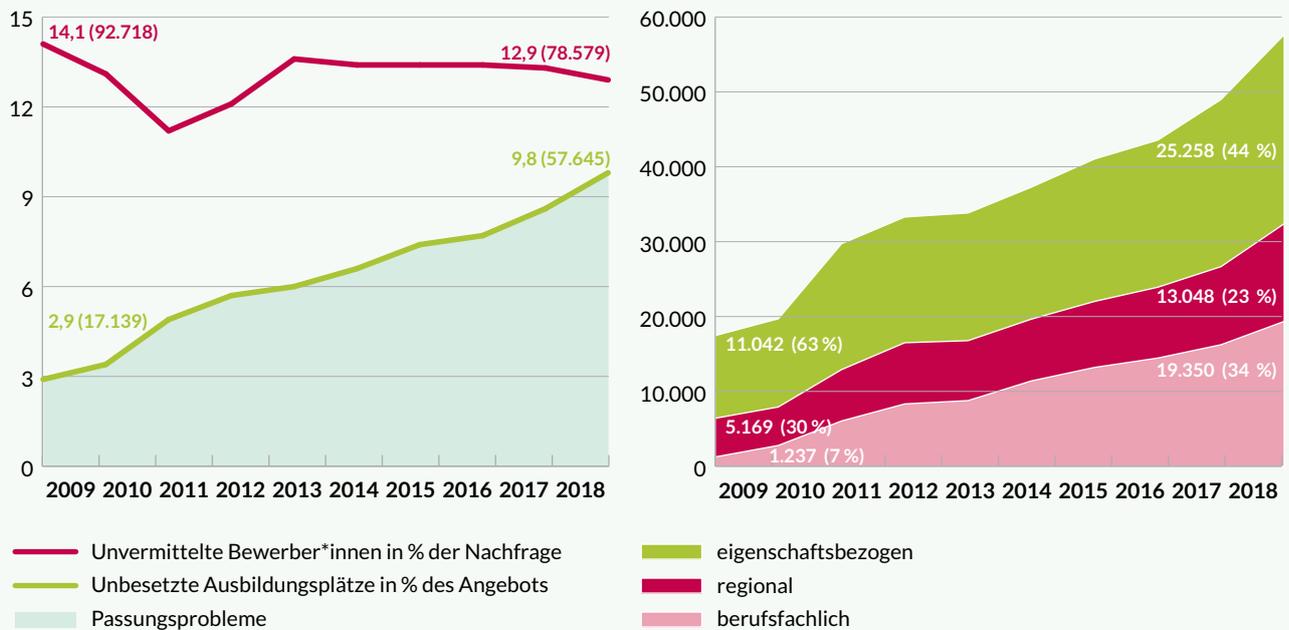
Insgesamt lassen sich drei Typen von Regionen identifizieren: Erstens solche, in denen nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind und Bewerber deshalb keine Ausbildung finden können. Zweitens solche, in denen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können, weil nicht genügend Jugendliche für eine Ausbildung zur

Verfügung stehen. Und schließlich solche Regionen, in denen ein hoher, häufig wachsender Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen und unvermittelte Ausbildungsbewerber zeitgleich auftreten. Dort wird von Passungsproblemen gesprochen, weil Ausbildungsbetriebe und Bewerber nicht zusammenfinden. Ein großer Teil des rechnerisch möglichen Ausbildungsvertragspotenzials kann demzufolge nicht ausgeschöpft werden. Dieses als Passungsproblem bezeichnete Phänomen hat sich seit 2009 verdreifacht und liegt derzeit bundesweit bei 10 % aller angebotenen Ausbildungsplätze. Überdurchschnittlich hohe Quoten an Passungsproblemen sind in Brandenburg (15 %) und Mecklenburg-Vorpommern (13 %), etwas geringer, aber noch über dem Durchschnitt, auch im Saarland und Baden-Württemberg (11 %) anzutreffen. Unter dem Durchschnitt liegen die Länder Hamburg (5 %), Bayern, Bremen (6) sowie Hessen und Niedersachsen (7).

Bei den Passungsproblemen lassen sich drei Typen von Problemlagen (im Folgenden Mismatch genannt) unterscheiden. Von berufsfachlichem Mismatch ist die Rede, wenn die angebotenen offenen Stellen nicht zu den Berufswünschen der unvermittelten Nachfrageseite passen und umgekehrt. Ein regionales Mismatch liegt vor, wenn eine unbesetzte, beruflich passende Stelle nicht im selben Arbeitsagenturbezirk liegt, in der der unvermittelte Bewerber wohnt. Eigenschaftsbezogenes Mismatch meint, dass Betriebe und Bewerber nicht zusammenfinden, obwohl Angebot und Nachfrage bezüglich Region und Beruf übereinstimmen. Zum eigenschaftsbezogenen Mismatch kommt es etwa, wenn Betriebe Bewerber wegen fehlender gewünschter Eigenschaften, wie ein bestimmter Schulabschluss, ablehnen oder umgekehrt, wenn Bewerber einen Betrieb wegen dessen Eigenschaften, beispielsweise dessen Größe oder dessen Ausbildungsbedingungen, ablehnen. Von einem eigenschaftsbezogenen Mismatch wird dann ausgegangen, wenn Angebot und Nachfrage bezüglich Region und Beruf übereinstimmen.

Im Zeitraum von 2009 bis 2018 haben in absoluten Zahlen alle drei Mismatch-Typen deutlich zugenommen, jedoch kam es zu einer Verschie-

ABBILDUNG 8 Unvermittelte Bewerber, unbesetzte Stellen und Passungsprobleme nach Mismatchtypen (Anzahl und in %)¹



1) Nachfrage in erweiterter Definition. Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Stichtag 30.09.; Werte von 1 oder 2 wurden in der Datenlieferung durch ein Sternsymbol (*) anonymisiert. Für die Berechnung wurden diese durch den Wert 1,5 geschätzt, weshalb die ausgewiesenen Ergebnisse als Näherungen zu betrachten sind. Die Passungsprobleme werden dabei geringfügig überschätzt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse der Ausbildungsmarktstatistik, Ergebnisse zum 30.09.; Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09. (Datenstand 10.12.2018); Berechnungen des BIBB, Schätzungen und Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

| BertelsmannStiftung

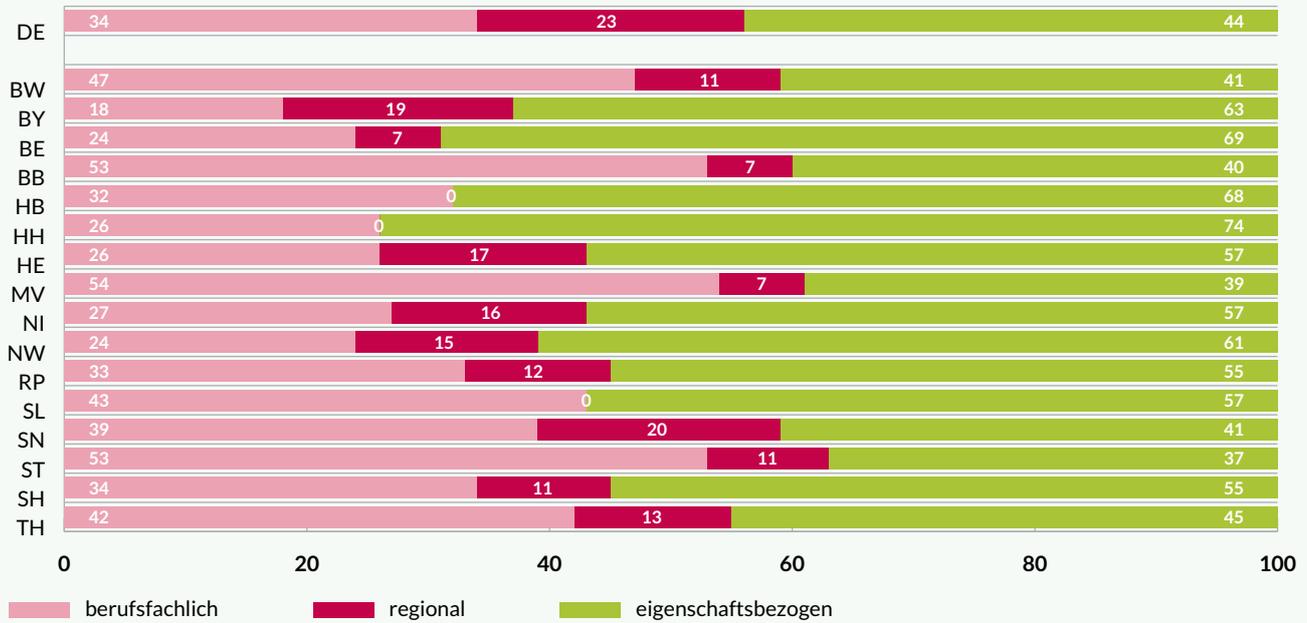
bung ihrer relativen Bedeutung. Spielte das berufsfachliche Mismatch 2009 mit 7 % kaum eine Rolle, so macht es 2018 ein Drittel aller Fälle aus und ist besonders stark in Mecklenburg-Vorpommern (54 %), Brandenburg (53), Sachsen-Anhalt (53) und Baden-Württemberg (47) ausgeprägt, wohingegen Bayern mit 18 % den niedrigsten Wert aufweist. Regionales Mismatch tritt vor allem in den großen Flächenländern auf. In den drei Ländern Bremen, Hamburg und im Saarland wird ein regionales Mismatch aus methodischen Gründen nicht ausgewiesen. Hohe Anteile von eigenschaftsbezogenem Mismatch sind in den Stadtstaaten (68 bis 74 %), Bayern (63) und Nordrhein-Westfalen (61) anzutreffen.

Vergleicht man die Vorbildung der noch suchenden Bewerber mit den von Arbeitgebern bei der Bundesagentur für Arbeit angegebenen Mindest-

anforderungen für verschiedene Berufe, so zeigt sich, dass sowohl in den Produktionsberufen als auch in primären und sekundären Dienstleistungsberufen³ jeweils genügend Bewerber mit ausreichender formaler Qualifikation vorhanden waren. Allerdings wurden in den Produktionsberufen nur 37 % der Verträge mit einer Person mit Hauptschulabschluss abgeschlossen, obwohl 73 % der ausgeschriebenen Stellen lediglich einen Hauptschulabschluss voraussetzten. Regional

3 Zu den primären Dienstleistungsberufen gehören die Berufe des Ernährungshandwerks, des Hotel- und Gaststättengewerbes, der Logistik sowie die kaufmännisch-verwaltenden Berufe. Zu den sekundären Dienstleistungsberufen gehören mit Ausnahme der Produktionsberufe alle sonstigen MINT-Berufe sowie vor allem moderne, auf gesundheitliche Regeneration (z. B. Sport- und Fitnesskaufleute, medizinische Fachangestellte) oder aber auf neue gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeiten und -formen (z. B. Kaufleute für Dialogmarketing) bezogene Berufe.

ABBILDUNG 9 Passungsprobleme nach Mismatch-Typen und Ländern 2018 (in %)¹⁾



1) Nachfrage in erweiterter Definition. Mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger. Stichtag 30.09.; Werte von 1 oder 2 wurden in der Datenlieferung durch ein Sternsymbol (*) anonymisiert. Für die Berechnung wurden diese geschätzt, weshalb die ausgewiesenen Ergebnisse als Näherungen zu betrachten sind.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung (Unbesetzte Ausbildungsstellen (UBA) und noch suchende Bewerber (mit und ohne Alternative, UVB) zum 30.09. (am Ende des Berichtsjahres) nach Arbeitsagenturbezirken und Ausbildungsberufen (5-Steller der KldB 2010), Schätzungen und Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

unterscheiden sich die Mindestanforderungen aber teils erheblich. Während in Hamburg etwa ein Viertel der Berufe im Produktionsbereich für Personen mit Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesen werden, sind es in Berlin gerade einmal 1 %.

5 Ausbildungsverlauf und Übergang in den Arbeitsmarkt

Sowohl mit Blick auf die Chancengerechtigkeit als auch auf die Leistungsfähigkeit ist es von Bedeutung, ob Ausbildungen erfolgreich abgeschlossen werden und wie Übergänge in den Arbeitsmarkt gelingen. Eine vorzeitige Vertragslösung stellt einen Bruch im Ausbildungsverlauf dar, auch wenn sie nicht mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen ist, denn auch Betriebs- oder Berufswechsel werden als Vertragslösung erfasst. Die Höhe der Vertragslösungsquote lässt dennoch indirekt Rückschlüsse auf die Qualität der Ausbildung zu, ebenso wie auf vorgelagerte Entscheidungsprozesse (Passung von Ausbildungsplatz und Interessen sowie Fähigkeiten der Bewerber). Die Übernahmequote der Betriebe oder die Integration in den Arbeitsmarkt nach Ausbildungsabschluss können zudem als Indikatoren für die Verwertbarkeit des Ausbildungsabschlusses betrachtet werden.

Das Ziel einer Berufsausbildung ist in der Regel, diese nach Abschluss auf dem Arbeitsmarkt zu verwerten, also zur Einmündung in Beschäftigung zu nutzen. In der hier vorliegenden Analyse kann die Verwertbarkeit eines Ausbildungsabschlusses nur für duale Ausbildungsabschlüsse betrachtet werden, für die zum einen die Übernahmequote nach Abschluss der Ausbildung und zum anderen der Beschäftigungsstatus zwei Jahre nach Ausbildungsende vorliegen. Die Bedeutsamkeit eines beruflichen Ausbildungsabschlusses wird aber auch vergleichend anhand der Erwerbslosenquote für Personen ohne Berufsabschluss oder anhand der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquote erkennbar. Ein wichtiger Leistungsindikator des Berufsbildungssystems ist zudem der Anteil derjenigen Personen, die dauerhaft ohne Berufsabschluss bleiben.

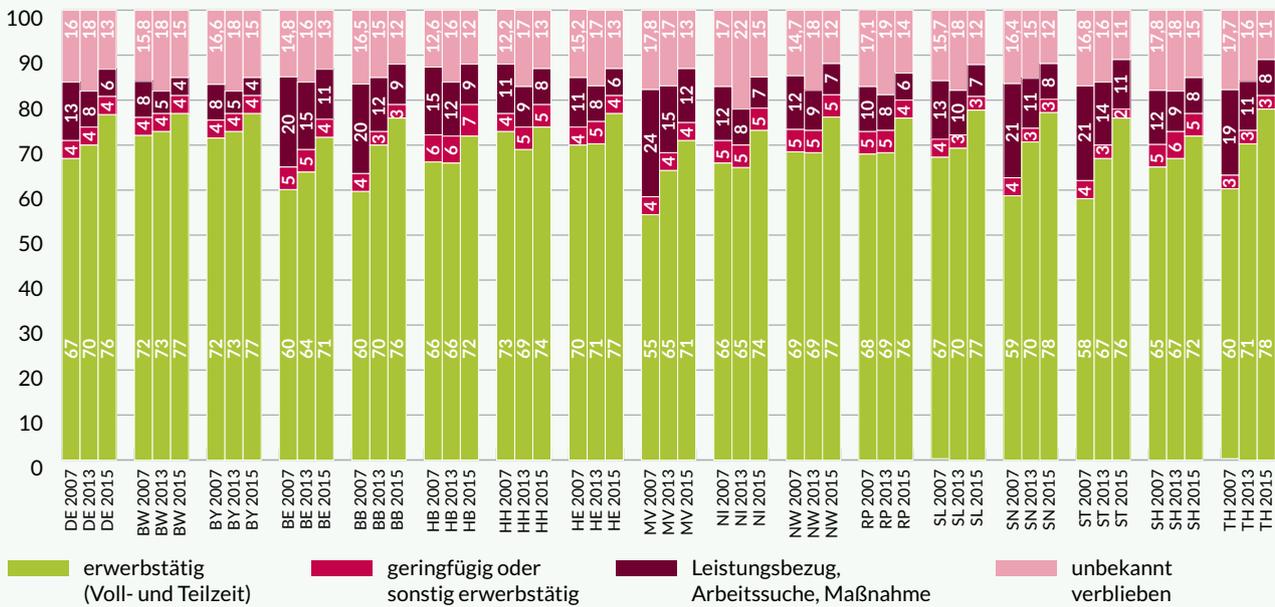
Hohe Zahl an vorzeitigen Vertragslösungen

Bundesweit wurde 2017 mit einer Quote von 25,7 % mehr als jeder vierte Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst. Gegenüber 2015 hat sich die Quote damit noch einmal um 1 Prozentpunkt verschlechtert, bei großer Varianz zwischen den Ländern. So liegen Baden-Württemberg (22,5 %) und Bayern (23,1) unter dem Durchschnitt, während Berlin mit 33,6 % die höchste Vertragslösungsquote aufweist. Auch die Werte der ostdeutschen Flächenländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen liegen über der 30-Prozent-Marke, Hamburg liegt mit 29,1 % nur knapp darunter.

Die Vertragslösungsquote unterscheidet sich nicht nur regional, sondern schwankt auch nach Ausbildungsbereich erheblich. Wie seit Langem bekannt, hat vor allem das Handwerk mit hohen Quoten rund um 30 % zu kämpfen; hier liegen die höchsten Werte für das Saarland (42,1 %), Berlin (41,5) und Hamburg (41,3) vor. Betrachtet man das Vertragslösungsgeschehen differenziert nach Berufsgruppen, so zeigen sich die höchsten Lösungsquoten im Ernährungshandwerk, in den Hotel- und Gastronomie- sowie den Reinigungsberufen, in denen sie teilweise über 40 % liegen. Dabei sind in den einzelnen Berufsgruppen teilweise erhebliche Streuungen der Vertragslösungsquoten zwischen den Ländern festzustellen.

Die Vertragslösungsquote ist stark beeinflusst vom Vorbildungsniveau. Sie liegt höher, je niedriger der Schulabschluss des Auszubildenden ist, wobei hier allerdings berufs-, betriebs- und vorbildungsbezogene Merkmale schwer voneinander zu separieren sind. Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen sind zu höheren Anteilen in

ABBILDUNG 10 Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen 2007, 2013 und 2015 nach Ländern (in %)



Quelle: IAB. Integrierte Erwerbsbiographien (IEB Version 12.01, Berechnungen des IAB, Berechnungen durch das SOFI und die Universität Göttingen

BertelsmannStiftung

Klein- und Kleinstbetrieben und in Berufen anzutreffen, bei denen höhere Vertragslösungsquoten festgestellt werden. Das heißt, hier kommt es nicht selten zu einer Kumulation von Benachteiligungseffekten. Für Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss liegt die vorzeitige Vertragslösungsquote bundesweit bei 38 %, mit einem Höchstwert von 48 % in Berlin, gefolgt von Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Werten von jeweils 45 %. Höhere Vertragslösungsquoten liegen auch bei Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor, allerdings stehen diese auch im Zusammenhang mit niedriger schulischer Vorbildung, Betriebsgröße und Beruf. Die höchsten Vertragslösungsquoten weisen hier die ostdeutschen Flächenländer auf.

Mehr Übernahmen nach der Ausbildung

2017 wurden bundesweit 74 % der Ausbildungsabsolventen im dualen System von ihrem Betrieb übernommen und damit 6 % mehr als 2015.

Zwischen den Ländern variieren die Übernahmequoten aber teils erheblich. So weist Bremen mit 60 % den niedrigsten und das Saarland mit 81 % den höchsten Wert auf. Eine besonders starke Steigerung der Übernahmequote ist verglichen mit 2007 vor allem in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg festzustellen. Dies könnte – neben einer guten Arbeitsmarktlage – in Teilen auch auf den Rückbau von geförderten und außerbetrieblichen Ausbildungen zurückzuführen sein, führten diese doch überwiegend nicht direkt zu einer Übernahme in Beschäftigung.

Betrachtet man den Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen zwei Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung, dann zeigt sich, dass bundesweit rund drei Viertel der 2015er-Absolventen im Jahr 2017 voll- oder teilzeiterwerbstätig sind. Gegenüber 2015 hat sich dieser Anteil damit um mehr als 5 Prozentpunkte verbessert, während der Anteil der Personen, die sich zwei Jahre nach

Ende ihrer Ausbildung im Leistungsbezug, auf Arbeitssuche oder in einer Maßnahme befinden, um 2 Prozentpunkte gesunken ist.

Während Frauen und Männer sich nur unwesentlich in ihren Beschäftigungschancen unterscheiden, bestehen Differenzen bei der Erwerbstätigkeit zwischen deutschen und ausländischen Ausbildungsabsolventen. Diese betragen bundesweit rund 4 % zugunsten der deutschen Jugendlichen, variieren zwischen den Ländern aber erheblich. So beträgt der Unterschied in Baden-Württemberg und dem Saarland nur 1 bzw. 2 Prozentpunkte. Demgegenüber sind ausländische Jugendliche mit einer um 19 bis 20 Prozentpunkte niedrigeren Quote der Erwerbsbeteiligung vor allem in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt benachteiligt. Gleichzeitig sind in allen Ländern die ausländischen Jugendlichen häufiger als deutsche von Leistungsbezug betroffen.

Die Erwerbslosenquote für Personen ohne beruflichen Abschluss (berechnet nach der Definition der International Labour Organisation (ILO) für Personen im Alter von 25 bis 34 Jahren) liegt bundesweit bei 12 % und damit rund dreimal so hoch wie die von Personen mit beruflichem Abschluss. Dabei liegt das Erwerbslosigkeitsrisiko in den süddeutschen Flächenländern Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Quoten von 8 bis 9 % darunter, wohingegen es in Berlin und Sachsen mit rund 18 % deutlich darüberliegt.

Deutschlandweit liegt die Quote der 30- bis 45-Jährigen, die keinen Ausbildungsabschluss haben, bei 16,9 % und damit geringfügig über der von 2007 (16,6 %). Dabei liegen im Ländervergleich die Anteile von Personen ohne beruflichen Abschluss in den ostdeutschen Flächenländern teilweise deutlich niedriger. Während Thüringen mit 7 % die geringste Quote an Personen ohne Berufsabschluss aufweist, ist der Anteil dieser Personengruppe in Bremen (24 %) und Nordrhein-Westfalen (22) am größten.

Schlussfolgerungen der Bertelsmann Stiftung

Der Ländermonitor berufliche Bildung 2019 zeigt, wie komplex und differenziert sich die berufliche Bildung in den verschiedenen Ländern und Regionen Deutschlands darstellt. Entsprechend unterschiedlich sind die möglichen Handlungsansätze, um auf die jeweiligen Entwicklungen zu reagieren.

Im Fokus des aktuellen Ländermonitors stehen Passungsprobleme in der dualen Ausbildung, die in ihrem Ausmaß dramatisch anwachsen. Dabei steht einer stark angestiegenen Zahl an unbesetzten Ausbildungsstellen eine zwar im Zeitverlauf gesunkene, aber immer noch darüber hinausgehende Zahl an unversorgten Bewerbern gegenüber.

Waren es lange Jahre die Betriebe, die sich in Jahren der Angebotsknappheit aus einem großen Pool an Bewerbern die ihrer Meinung nach besten Jugendlichen aussuchen konnten, so erleben wir in den letzten Jahren in etlichen Regionen den Wechsel zu einem stärker nachfragedominierten Ausbildungsmarkt, der Jugendlichen – zumindest bei besseren schulischen Abschlüssen – eine größere Wahlmöglichkeit bietet. In der Konsequenz geht eine wachsende Zahl von Marktteilnehmern auf beiden Seiten leer aus: Jugendliche finden keine Ausbildungsstellen und zugleich Betriebe keine Azubis.

Eigenschaftsbezogene Passungsprobleme dominieren

Passungsprobleme können verschiedene Ursachen haben. Diese können sich regional oder auch branchenspezifisch unterscheiden. Quantitativ machen die eigenschaftsbezogenen Pas-

sungsprobleme bundesweit den größten Anteil aus. Bei diesen Passungsproblemen liegt die paradoxe Situation vor, dass in einer Region sowohl offene Stellen als auch unversorgte Bewerber für die ausgeschriebenen Ausbildungsberufe zu finden sind, es aber dennoch nicht zu Vertragsabschlüssen kommt. Entweder, weil der Betrieb den Bewerber ablehnt, oder umgekehrt der Bewerber eine Ausbildung in seinem Wunschberuf nicht in einem bestimmten Betrieb absolvieren möchte. So stehen beispielsweise in Hamburg 852 unbesetzten Ausbildungsplätzen im Bereich der Elektroberufe 870 Bewerber gegenüber, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Ein anderes Beispiel ist Berlin: Hier können 13,2 % der angebotenen Verkaufsberufe trotz ausreichender Bewerberzahlen nicht besetzt werden.

Grundsätzlich bieten sich bei dieser Problemlage zwei Herangehensweisen an: Es kann versucht werden, das Zustandekommen von Ausbildungsverträgen dadurch zu erhöhen, dass Bewerber und Betrieb vor Vertragsabschluss ein genaueres Bild voneinander bekommen. Aufbau von Vertrauen und Abbau von Vorurteilen – auf beiden Seiten – sind hier die entscheidenden Stichworte. Hierfür sollten stärker als bisher Kontakte zwischen Schulen und Betrieben genutzt und ausgebaut werden. Die sogenannten Klebeeffekte von Betriebspraktika bestätigen, wie wichtig ein gegenseitiges Kennenlernen von Bewerber und Betrieb für das Zustandekommen eines Ausbildungsverhältnisses ist. Darüber hinaus könnten Ausbildungsverbünde bzw. Kooperationen von Unternehmen die Attraktivität gerade von kleineren Betrieben erhöhen.

Wenn dies nicht genügt, sind Maßnahmen erforderlich, die kontinuierliche externe Unter-

stützung und Begleitung sicherstellen. Eine solche Maßnahme ist beispielsweise die Assistierte Ausbildung. Betrieben und Jugendlichen wird hier ein Partner zur Seite gestellt, der im Auszubildungsverlauf vermittelnd und unterstützend tätig wird. Um die ausbildungsintegrierende Wirkung der Assistierte Ausbildung auszu-schöpfen und damit auch zur Verringerung von eigenschaftsbezogenen Passungsproblemen beizutragen, sollte sie allerdings bereits mit der vorbereitenden Phase beginnen.

Berufsfachliche Passungsprobleme: Berufsorientierung und bessere Rahmenbedingungen

Anders sieht die Situation bei den berufsfachlichen Passungsproblemen aus, wenn angebotene Stellen und Berufswünsche der Jugendlichen nicht zueinander passen. Dieses Problem ist im Zeitverlauf nicht nur absolut angewachsen, sondern hat einen steigenden Anteil an allen Passungsproblemen. Auch für die Reduzierung der berufsfachlichen Passungsprobleme sind zwei grundsätzliche Handlungsstränge zu unterscheiden. Zum einen kann das Problem adressiert werden, dass Jugendliche nur eine begrenzte Zahl von Berufsbildern kennen oder Vorurteile gegenüber bestimmten Berufen haben und sich deshalb nicht bewerben. In diesen Fällen handelt es sich um ein Informationsproblem, das zum Beispiel im Rahmen von Berufsorientierung behandelt werden kann. Ziel muss es dann sein, jungen Menschen ein möglichst realistisches Bild von einem breiten Spektrum von Berufen zu vermitteln und auf diese Weise ihre Handlungsräume bei der Bewerbung zu erweitern.

Zum anderen ist auffällig, dass es in bestimmten Berufen und Branchen eine deutliche Häufung unbesetzter Stellen gibt. Das ist zum Beispiel in Reinigungsberufen, im Ernährungshandwerk oder in Hotel- und Gaststättenberufen der Fall. Hier ist davon auszugehen, dass nicht nur Informationsprobleme ursächlich sind, sondern sich junge Menschen ganz bewusst und informiert gegen eine Bewerbung in diesen Berufen entscheiden. Dies deutet auf strukturelle Pro-

bleme bestimmter Ausbildungsberufe hin, die nicht durch verstärkte Information gelöst werden können. In diesen Fällen müssen grundlegende Rahmenbedingungen (zum Beispiel hinsichtlich Arbeitszeiten, Vergütung, Arbeitsbedingungen) verbessert werden, um eine langfristige und nachhaltige Attraktivitätssteigerung zu erreichen.

Mit Blick auf die ausbildungsinteressierten Jugendlichen ist ein berufsfachliches Mismatch in einer Region allerdings auch als reduziertes Ausbildungsplatzangebot zu interpretieren. Es wird dort ein entsprechend größeres Ausbildungsstellenangebot benötigt, wenn alle Jugendlichen versorgt werden sollen.

Regionale Passungsprobleme spielen eine geringere Rolle

Statistisch betrachtet, spielen die regionalen Passungsprobleme eine eher geringe Rolle. Dennoch sollten hier alle Möglichkeiten der Mobilitätsförderung ausgeschöpft werden, um Angebot und Nachfrage zusammenzubringen. Ein Schritt in die richtige Richtung stellt zum Beispiel die Einführung eines Azubitickets wie in Nordrhein-Westfalen dar. Neben den unterschiedlichen Varianten der Mobilitätsförderung sollten hierbei aber auch die Grenzen bedacht werden: Mobilität hat nicht nur mit den Preisen des öffentlichen Nahverkehrs zu tun, sondern auch mit dem Alter der Auszubildenden und deren finanziellen Möglichkeiten. In Regionen mit sehr hoher Angebots-Nachfrage-Relation sollten deshalb auch Angebote wie das Jugendwohnen oder Wohnheime für Auszubildende ein Thema sein.

Alternativen bei fehlenden Ausbildungsplätzen

So sehr die Passungsprobleme momentan im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen, so sehr muss gleichzeitig betont werden, dass selbst ihre vollständige Auflösung das Grundproblem eines Sockels von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nicht zu lösen vermag. Denn

selbst wenn alle offenen Stellen besetzt würden – die in der aktuellen Situation die Höhe der Passungsprobleme determinieren –, so bliebe Jahr für Jahr noch immer ein beträchtlicher Anteil jugendlicher ausbildungslos. Dies ist sowohl aus der Perspektive von Chancengerechtigkeit als auch von Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung nicht hinnehmbar. Denn Ungelernte haben zunehmend schlechtere Arbeitsmarktperspektiven, der Fachkräftemangel behindert bereits jetzt die wirtschaftliche Entwicklung und die sozialen Folgekosten von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung sind enorm.

Abhilfe schaffen kann hier eine Bereitstellung öffentlich geförderter Ausbildungsplätze, die dort zum Einsatz kommen, wo das betriebliche Angebot nicht ausreicht. Ein solcher Mangel an Ausbildungsplätzen findet sich zum Beispiel in einigen Arbeitsagenturbezirken des Ruhrgebiets ebenso wie in Flensburg, Eberswalde oder Kaiserslautern. Allerdings geht es dabei nicht um den Aufbau eines mit dem dualen System konkurrierenden Systems: Der Blick auf praktizierte Beispiele in Hamburg, Baden-Württemberg – oder auch in das Ausland nach Österreich – zeigt, wie sich betriebliche und öffentlich geförderte Ausbildung sinnvoll ergänzen lassen. Dabei gilt es, die spezifischen Gegebenheiten der Länder und ihrer Regionen ernst zu nehmen, um passgenaue Lösungen zu ermöglichen. Zukunftsweisend sind Ansätze, bei denen es durch gut koordinierte Zusammenarbeit der Akteure und kluge Anreizsysteme gelingt, jungen Menschen den Einstieg in Ausbildung über öffentlich geförderte Angebote zu ermöglichen, im weiteren Verlauf dann aber nach Möglichkeit den Übergang in betriebliche Ausbildung anzustreben. Auf diese Weise wäre sowohl den Jugendlichen gedient – denn sie bekommen die Chance auf eine Berufsausbildung – als auch den Betrieben, denen auf diese Weise vor- bzw. teilqualifizierte Jugendliche zur Verfügung gestellt werden. Zumindest teilweise ließen sich dadurch auch eigenschaftsbezogene Passungsprobleme lösen. Davon würden besonders Bewerber mit maximal Hauptschulabschluss profitieren. Denn trotz der zurückliegenden konjunkturellen Hochphase mit Tendenz zur Vollbeschäftigung haben sich deren Einmün-

dungschancen in Ausbildung nur geringfügig verbessert. Besonders schwer haben sie es, wenn sie in Regionen mit geringer Angebots-Nachfrage-Relation leben.

Ausbildungsangebot des Schulberufssystems ausbauen

In den meisten Bundesländern konzentriert sich das Schulberufssystem mittlerweile fast ausschließlich auf Berufe in den Bereichen Gesundheit, Erziehung und Soziales (GES). So liegt beispielsweise im Saarland der Anteil der GES-Berufe an den Ausbildungsangeboten des Schulberufssystems bei 98 %. Ebenfalls hohe Anteile von 90 bis 98 % liegen in den ostdeutschen Flächenländern vor. Der massive Anstieg der Ausbildungszahlen in den GES-Berufen fand dabei vor allem bis 2013 statt und verbleibt seitdem weitgehend auf diesem Niveau. Da beispielsweise durch die Bevölkerungsentwicklung – mit höheren Anteilen von älteren Menschen – von einem steigenden Bedarf an Fachkräften in Pflegeberufen ausgegangen werden kann, scheint ein weiter steigender Fachkräftemangel absehbar, wenn es nicht gelingt, diesen Bereich weiter auszubauen.

Die Ausbildungen in GES-Berufen richten sich derzeit überwiegend an Schüler mit mindestens mittleren Schulabschlüssen und sind daher für Jugendliche mit geringerer Vorbildung keine Alternative. Grundsätzlich bietet das Schulberufssystem aber auch Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugendlichen, die in den dualen Ausbildungsberufen nicht zum Zuge kommen. So beispielsweise in Berufen, die ähnliche Qualifikationsprofile wie duale Berufe aufweisen, wie die sogenannte Assistenz Ausbildung in der Informatik, in kaufmännischen und in Medienberufen. Von dieser Möglichkeit wird allerdings seit Jahren immer weniger Gebrauch gemacht. Auffällig ist, dass ausgerechnet Bayern und Baden-Württemberg als westdeutsche Flächenländer mit hoher ANR und prosperierender Wirtschaft weiterhin eine vergleichsweise hohe Anzahl dieser genannten Ausbildungen im Schulberufssystem vorhalten.

Ausrichtung des Übergangssektors auf Übergang in Ausbildung

In zahlreichen Ländern sind die Maßnahmen im Übergangssektor in den letzten Jahren reorganisiert worden: Insgesamt ist die bildungspolitische Absicht erkennbar, die Maßnahmenlandschaft übersichtlicher zu gestalten und die Verweildauer im Übergangssektor zu reduzieren. Vor allem die Entwicklung zu einer auch curricular verankerten Dualisierung der Angebote verfolgt das Ziel, mehr Jugendliche schneller in Ausbildung zu bringen. Diese Ausrichtung auf Ausbildungsintegration ist konsequent weiterzuverfolgen.

Davon getrennt zu betrachten ist die Situation der jugendlichen Geflüchteten, die als Quereinsteiger ins deutsche Bildungssystem einmünden. Berufliche Schulen sind hier zu zentralen gesellschaftlichen Institutionen für die Integration dieser Gruppe geworden. Daher sollte die Berufsbildungspolitik die beruflichen Schulen in dieser Aufgabe weiterhin unterstützen. Gerade jugendliche Geflüchtete können vermutlich besonders von einer Dualisierung des Übergangssektors profitieren, da sie kaum auf Zeugnisse oder Zertifikate verweisen können. Der Ausbau von ausbildungsbegleitenden Unterstützungsangeboten für diese Zielgruppe sowie für deren Ausbildungsbetriebe stellt eine große Aufgabe dar, da diese Gruppe nun in zunehmendem Maße in die Ausbildung einmündet.

Impressum

© September 2019
Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Claudia Burkard
Clemens Wieland

Autorin dieser Kurzfassung
Claudia Burkard

Lektorat
Katja Lange, richtiggut.com

Grafikdesign
Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildrechte
© Titelbild: Valeska Achenbach in
Zusammenarbeit mit ‚the white elephant‘

Druck
Matthiesen Druck, Bielefeld

Dieser Text ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 (CC-BY-SA 3.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode.de>



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Claudia Burkard
Project Manager
Programm Lernen fürs Leben
Telefon +49 5241 81-81570
claudia.burkard@bertelsmann-stiftung.de

Clemens Wieland
Senior Project Manager
Programm Lernen fürs Leben
Telefon +49 5241 81-81352
clemens.wieland@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de